



CDU KREISVERBAND
RHEIN-PFALZ

Der Vorsitzende

Frau Ministerpräsidentin
Marie-Luise Dreyer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

vorab per e-mail

29. April 2013

Offener Brief vom 01.02.2013 zur Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt

Nachfrage wegen ausstehender Antwort

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

am 23.04.2013 haben Sie ein Fazit Ihrer ersten 100 Tage an der Spitze von Rheinland-Pfalz gezogen.

In diesen 100 Tagen haben Sie weder zur am 03.11.2011 angekündigten Schließung des Bereitschaftspolizeistandes Schifferstadt Stellung bezogen (zumindest ist uns dies nicht bekannt) noch haben Sie unseren Offenen Brief vom 01.02.2013 zu diesem Thema beantwortet.

Es ist uns bekannt, dass dieser Brief zeitnah dazu geführt hat, dass Sie eine Kostenüberprüfung veranlasst haben. Insofern ist der Eingang des Briefes bei Ihnen bestätigt. Wie sollen wir es deuten, dass es gut zwei Monate nach der Kostenüberprüfung keine Antwort von Ihnen gibt?

- Haben Sie bzw. Ihre Mitarbeiter noch keine Zeit für ein Antwortschreiben gefunden?
- Oder hat die Kostenüberprüfung das von uns dargestellte, für den Haushalt von Rheinland-Pfalz mehr als schlechte Finanzergebnis bestätigt und Sie wissen nicht, wie Sie das Beibehalten der Entscheidung erklären oder die Notbremse ohne politischen Schaden für sich selbst, Ihren Vorgänger Herrn Beck und den zuständigen Innenminister Herrn Lewentz ziehen sollen?
- Oder sind wir als CDU im Rhein-Pfalz-Kreis, das Thema, die mehr als 100 Betroffenen Mitarbeiter am Standort Schifferstadt und/oder die mehr als 14000 Bürgerinnen und Bürger, die sich durch Unterschrift gegen die Standortschließung ausgesprochen haben, eine Antwort nur nicht wert?

/2

/2

Letzteres können wir uns am wenigsten vorstellen, aber bei Ausbleiben einer Antwort sind der Phantasie natürlich keine Grenzen gesetzt. Und die Liste der Überlegungen, warum es noch keine Antwort gibt, kann demnach noch zahlreich ergänzt werden.

Dass nun Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte statt einer Transportfirma den Umzug durchführen sollen, reduziert natürlich die Einmalkosten der Standortverlegung, aber nicht die deutlich gravierenderen Folgekosten. Dass die Polizeibeamten für Ihr Gehalt eigentlich für Sicherheit der Bevölkerung sorgen und nicht – da ihr Gehalt eh fließt und keine Extrakosten darstellen- Umzugskarton schleppen sollen, ist eine der vielen Teilsachverhalte, die für Unverständnis sorgen.

Auch die mittlerweile von Herrn Justizminister Hartloff bestätigte Überlegung, einen Teil der Standortgebäude als „Freigängerhaus“ der Jugendstrafanstalt Schifferstadt zu nutzen, gehört hierzu. Ist es wirklich sinnvoll im Sinne der Resozialisierung, dass Freigänger auf dem Präsentierteller der Öffentlichkeit am Bahnhof Schifferstadt untergebracht werden sollen? Und warum ist hier plötzlich Geld im Justizhaushalt vorhanden, obwohl das Freigängerhaus vorher aus finanziellen Gründen nicht zum Tragen kam?

Die CDU in Schifferstadt lässt gerade die Frage klären, ob die Ausweisung eines neuen Baugebietes überhaupt möglich ist. Kennen Sie die Antwort auf diese Frage? Wenn die Antwort – und das ist bei der städtebaulichen Entwicklung von Schifferstadt nicht abwegig-negativ ist, ist sogar die im Schreiben vom 01.02.2013 erwähnte Wohnbebauung keine Option. Und eine andere enthält das Gutachten für die künftige Liegenschaft bzw. des Geländes nicht.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

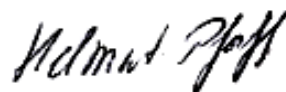
noch haben Sie es als nun mehr als 100 Tage Verantwortliche im Land Rheinland-Pfalz in der Hand, die Notbremse zu ziehen.

Daher bitten wir Sie hiermit nochmals im Namen der CDU Rhein-Pfalz, die richtige Entscheidung für den Erhalt der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt und somit u. a. für den Landeshaushalt, die Polizeipräsenz im Bereich des Präsidiums Rheinpfalz und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu treffen.

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen



Manfred Gräf
Vorsitzender



Helmut Pfaff
Stellvertretender Vorsitzender